



Ausschuss für Kommunalpolitik

78. Sitzung (öffentlich)

21. November 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:00 Uhr bis 13:05 Uhr

Vorsitz: Christian Dahm (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

9

Der Ausschuss kommt eingangs der Sitzung überein, Tagesordnungspunkt 6 heute nicht zu behandeln, sondern am 10. Dezember 2014 in einer gemeinsamen Sitzung mit dem federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales abschließend zu beraten; es ist Fraktionsstärke vereinbart.

Des Weiteren setzt der Ausschuss Tagesordnungspunkt 8 von der Tagesordnung ab und will den Punkt mit dem federführenden Innenausschuss in Fraktionsstärke am 11.12.2014 abschließend beraten.

1 Land muss umfassende Aufsicht über wirtschaftliche Betätigung von Kommunen in schwieriger Finanzlage garantieren 10

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/4434

In Verbindung mit:

Die Kommunalaufsicht muss konsequent tätig werden

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/4579

Und:

Rechtsgutachten zur Vereinbarkeit der Beteiligung von Gemeinden in schwieriger Haushaltslage an Unternehmen der Energiewirtschaft mit § 107 a GO NRW

Information 16/134

Ausschussprotokoll 16/663

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Nach eingehender Diskussion lehnt der Ausschuss den Antrag der CDU Drucksache 16/4434 mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN ab. Der Antrag der CDU Drucksache 16/4579 wird mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN, FDP und PIRATEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Die Information 16/134 wird zur Kenntnis genommen.

2 Warum macht die Landesregierung das Genehmigungsverfahren zur Steag-Übernahme durch hochverschuldete Ruhrgebietskommunen urplötzlich zur Chefsache? 17

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/2381

Ohne Aussprache nimmt der Ausschuss den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

3 Landesregierung darf Evaluierung und Novellierung des Konnexitätsausführungsgesetzes nicht weiter verschleppen 18

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/4829

Ausschussprotokoll 16/631

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 16/2381 mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN ab.

4 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2015 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2015 – GFG 2015) 22

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6502

1. Ergänzung
Drucksache 16/6710

2. Ergänzung
Drucksache 16/6990

In Verbindung mit:

Steuererhöhungsspirale der Kommunalsteuern beenden – Fiktive Hebesätze im kommunalen Finanzausgleich langfristig absenken!

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/6684

Und:

Auswirkungen der Bevölkerungsschrumpfung abdämpfen – Demografieansatz im GFG stärken

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/6685

Sowie:

Finanzielle Hilfen für die unwettergeschädigten Gemeinden, Städte und Kreise auf den Weg bringen – Soforthilfe und Unwetterfonds partnerschaftlich zwischen Land und Kommunen umsetzen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/6632

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/6743

Ausschussprotokoll 16/696

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Ohne Aussprache nimmt der Ausschuss den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/6500 einschließlich der 1. und 2. Ergänzung Drucksachen 16/6710 und 16/6990 mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN an.

Der Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/6684 wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und PIRATEN bei Enthaltung der FDP abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/6685 wird mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/6632 wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP und der PIRATEN abgelehnt.

Der Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und GRÜNEN Drucksache 16/6743 wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung von FDP und PIRATEN angenommen.

5 „Schwarze Kasse“ des Innenministeriums zur Bewältigung der kommunalen Probleme der Krankheitskosten für Asylbewerber nutzen 24

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/6686

Stellungnahme 16/2291 (Flüchtlingsrat NRW e. V.)
Stellungnahme 16/2297 (Landkreistag NRW)
Stellungnahme 16/2307 (Städtetag und Städte- und Gemeindebund NRW)
Stellungnahme 16/2321 (Bürgermeister der Gemeinde Raesfeld)

Nach kurzer Verständigung vertagt der Ausschuss die Auswertung der Anhörung auf den 12. Dezember 2014, an dem auch die abschließende Beratung vorgenommen und eine Beschlussempfehlung an das Plenum abgegeben werden soll.

6 Zweites Gesetz zur Änderung des Rettungsgesetzes 25

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6088

Ausschussprotokoll 16/689

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Ausschuss kommt eingangs der Sitzung überein, den Gesetzentwurf heute nicht zu beraten und stattdessen eine abschließende gemeinsame Sitzung mit dem federführenden AGS am 10.12.2014 durchzuführen; für den AKo ist Fraktionsstärke vereinbart.

7 Gesetz zur Förderung und Entwicklung der Kultur, der Kunst und der kulturellen Bildung in Nordrhein-Westfalen (Kulturfördergesetz NRW) 26

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6637

Ausschussprotokoll 16/714

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung von FDP und PIRATEN dem federführenden Ausschuss für Kultur und Medien die Zustimmung zu dem Gesetzentwurf.

8 Gesetz zur Novellierung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz – FlüAG) 27

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6689

Ausschussprotokoll 16/690

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Eingangs der Sitzung kommt der Ausschuss überein, diesen Tagesordnungspunkt für heute abzusetzen und den Punkt gemeinsam mit dem federführenden Innenausschuss am 11.12.2014 abzuschließen; es ist Fraktionsstärke seitens des AKo vereinbart.

9 Direkte Demokratie auf kommunaler Ebene verantwortungsvoll ausgestalten – Kostendeckungsangebot und freiwillige Vorprüfung der Zulässigkeit von Bürgerbegehren normieren 28

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/7157

Der Ausschuss kommt überein, eine schriftliche Anhörung zu dem Antrag durchzuführen.

10 Der humanitären Verantwortung gerecht werden – NRW braucht eine neue Flüchtlingspolitik 29

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/7165

Der Ausschuss kommt ohne Aussprache überein, auf ein Votum an den federführenden Integrationsausschuss zu verzichten.

11 Aufnahmesituation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalens Kommunen 30

Auf Antrag der Fraktion der CDU (siehe Anlage zu TOP 11)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/2429

Ohne Aussprache nimmt der Ausschuss die Vorlage zur Kenntnis.

12 Wird die rot-grüne Grunderwerbssteuererhöhung zu einem Nullsummenspiel für die Kommunen? 31

Auf Antrag der Fraktionen von CDU und FDP (siehe Anlage zu TOP 12)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/2395

– Diskussion 31

13 Sachstand zum Klageverfahren gegen die Ergebnisse des Zensus 2011 32

Auf Antrag der Fraktion der CDU (siehe Anlage zu TOP 13)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/2406

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

**14 Abführungspflichten für HVB (Hauptverwaltungsbeamte) – in RWE-
Aufsichtsräten und Regionalbeiräten 33**

Auf Antrag der Fraktion der PIRATEN (siehe Anlage zu TOP 14)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/2405

– Diskussion 33

15 Verschiedenes 35

Keine Anmerkungen.

Nächste Sitzungen: 3526.11.2014 (Anhörung)
12.12.2014 (Arbeitssitzung)

* * *

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Christian Dahm gratuliert im Namen des Ausschusses den Kollegen Hubertus Kramer (03.11.) und Thomas Eiskirch (04.11.) nachträglich im Namen des Ausschusses zu ihren Geburtstagen.

Der Ausschuss kommt eingangs der Sitzung überein, Tagesordnungspunkt 6 heute nicht zu behandeln, sondern am 10. Dezember 2014 in einer gemeinsamen Sitzung mit dem federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales abschließend zu beraten; es ist Fraktionsstärke vereinbart.

Des Weiteren setzt der Ausschuss Tagesordnungspunkt 8 von der Tagesordnung ab und will den Punkt mit dem federführenden Innenausschuss in Fraktionsstärke am 11.12.2014 abschließend beraten.

6 Zweites Gesetz zur Änderung des Rettungsgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6088

Ausschussprotokoll 16/689

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Ausschuss kommt eingangs der Sitzung überein, den Gesetzentwurf heute nicht zu beraten und stattdessen eine abschließende gemeinsame Sitzung mit dem federführenden AGS am 10.12.2014 durchzuführen; für den AKo ist Fraktionsstärke vereinbart.

